



**Karin Maag**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Presseinformation

# Karin Maag MdB: Ein Jahr nach den STI-Empfehlungen – Rück- und Ausblick anlässlich der Europäischen Woche zur Gebärmutterhalskrebs-

Berlin, 25.01.2013

**Karin Maag MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: +49 30 227 71688  
Fax: +49 30 227-76984  
karin.maag@wk.bundestag.de

**Büro Stuttgart**  
Leuschnerstr. 12  
70174 Stuttgart  
Tel.: +49 711-90057470  
Fax: +49 711-90057471  
karin.maag@wk.bundestag.de

[www.karin-maag.de](http://www.karin-maag.de)

Anlässlich der Europäischen Woche zur Gebärmutterhalskrebsprävention am 21.–27. Januar 2013 zieht die Stuttgarter Bundestagsabgeordnete und Berichterstatterin für Infektionsschutz Karin Maag (CDU) Bilanz:

„Im November 2011 fand im Deutschen Bundestag das erste Arbeitstreffen zwischen Experten auf dem Gebiet der sexuell übertragbaren Infektionen (STI) und Mitgliedern der Regierungsfractionen statt. Ziel des Treffens war es, nötige Verbesserungen für die Prävention von STI zu identifizieren und spezifische Handlungsempfehlungen für Politik, Wissenschaft und Gesellschaft abzuleiten. Einen Schwerpunkt der Diskussion bildeten die epidemiologisch bedeutsamen HPV-Infektionen, welche Gebärmutterhalskrebs auslösen können. Die Expertengruppe hat hierfür gemeinsam mit den Mitgliedern des Bundestages die folgenden Empfehlungen ausgearbeitet:

Verbesserung der epidemiologischen Datenlage zu HPV-Infektionen zur gezielteren Präventions- und Früherkennungspolitik (einschließlich deren Erfolgsevaluierung).  
Enttabuisierung und Erhöhung des Bekanntheitsgrades von Gebärmutterhalskrebs und HPV-Infektionen, insbesondere



bei Jugendlichen vor dem ersten Sexualkontakt. Dies beinhaltet z. B. allgemeine und zielgruppenspezifische Aufklärungskampagnen, die Aktualisierung des Curriculum zum Sexualkundeunterricht an Schulen, die Unterstützung sexualpädagogischer Jugendarbeit und anderer Beratungsstellen sowie die Entwicklung differenzierter Präventionsbotschaften für HPV-Infektionen, die durch den Gebrauch von Kondomen nicht gänzlich vermieden werden können.

Erhöhung der HPV-Impfraten. Hierzu gehört insbesondere die Bereitstellung von zweckmäßigem Informationsmaterial für Eltern und junge Mädchen sowie die Formulierung politischer Ziele für die Erreichung nationaler HPV-Impfraten (z. B. im Rahmen einer nationalen Präventionsstrategie).

Erhöhung der Teilnahmeraten an der Gebärmutterhalskrebsfrüherkennung und Sicherstellung niedrigschwelliger Versorgungsangebote für Menschen, denen der Zugang zu GKV-finanzierten Früherkennungsprogrammen aus sozioökonomischen, kulturellen oder anderen Gründen erschwert ist.

Die „Empfehlungen für einen besseren Umgang mit sexuell übertragbaren Infektionen in Deutschland“ wurden in über 1.000 Exemplaren an politische Entscheidungsträger, Ärzte, Aufklärungs- und Beratungsstellen sowie weitere Multiplikatoren verteilt, um das Wissen über Präventionsmaßnahmen zu erhöhen und nötige Verbesserungen anzustoßen.

Um die Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs zu verbessern, haben wir 2012 das „Gesetz zur Weiterentwicklung der Krebsfrüherkennung und zur Qualitätssicherung durch



klinische Krebsregister“ (Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz – KFRG) auf den Weg gebracht. Mit dem Gesetz soll ein organisiertes Früherkennungsprogramm für Gebärmutterhalskrebs in Deutschland eingeführt werden, welches die momentane opportunistische Früherkennung ersetzt. Ziel ist es, damit die Teilnahmeraten an den Früherkennungsuntersuchungen zu steigern, insbesondere für Bevölkerungsgruppen, die niedrige Teilnahmeraten aufzeigen oder für die ein erhöhtes Risiko besteht.

Um neben HIV/AIDS auch das Bewusstsein für andere STI, wie zum Beispiel die HPV-Infektion, zu erhöhen, haben wir im Bundestag bereits in 2010 beschlossen, 13 Millionen Euro für die Prävention und Aufklärung im Bereich der sexuell übertragbaren Infektionen bereitzustellen. Der Handlungsspielraum der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), die für die Ausarbeitung und Umsetzung entsprechender Aufklärungsmaßnahmen zuständig ist, wurde somit ausgeweitet.

Die Europäische Woche zur Gebärmutterhalskrebsprävention erinnert uns daran, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen: In Deutschland gibt es etwa 5.500 Gebärmutterhalskrebsfälle pro Jahr; jährlich versterben hierzulande rund 1.500 Frauen an den Folgen. Das Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Versorgungssituation in Deutschland. Ziel muss es darüber hinaus sein, das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der Gebärmutterhalskrebsprävention durch die HPV-Impfung bei Mädchen und die Früherkennung bei erwachsenen Frauen zu stärken. Ich setze mich



auch weiterhin dafür ein, dass jede Frau im Hinblick auf ihre Gesundheit eine informierte Entscheidung treffen kann. Diesem Grundsatz wird auch die Präventionsstrategie der Bundesregierung folgen.“